

Ossietzkys Freunde versuchten das Unmögliche. Auf Vorschlag von Berthold Jacob begann im Jahre 1934 eine Kampagne, Carl von Ossietzky, dem Gefangenen, dem fast Toten, den Friedensnobelpreis zu erringen.

Eine kleine Gruppe von Flüchtlingen — Hilde Walter in Paris, Rudolf Olden in England, Willy Brandt in Oslo und der Schreiber dieser Zeilen in Prag —, führte mit wachsender Unterstützung der öffentlichen Meinung des Westens eine einzigartige Kampagne: David versuchte Goliath zu besiegen. Und das Wunder geschah, daß am 23. November 1936 fünf unabhängige Männer in Norwegen Ossietzky für das Jahr 1935 den Friedensnobelpreis zusprachen, für den mehr als tausend legitimierte Antragsteller eingetreten waren. Es war das erstemal, daß ein Märtyrer des Friedens diesen Preis erhielt, und es war die größte moralische Niederlage Hitlers, der wutschnaubend die Annahme von weiteren Nobelpreisen verbot. Die Hoffnung allerdings, daß Ossietzky die Ausreise nach Oslo zur Preisannahme gestattet würde, erfüllte sich nicht, denn er war kein freier Mann. Selbst im Berliner Krankenhaus Nordend wurde er von Gestapoagenten bewacht.

Ein korrupter Anwalt, Wannow, stahl Ossietzky den Nobelpreis. Ein berühmter Professor der Medizin, Gerhard Domagk, kam für mehrere Wochen ins Gefängnis, weil er 1938 gewillt war, den ihm zugesprochenen Nobelpreis für Medizin anzunehmen. Ossietzky siechte indessen, wie wir wissen, auf „dem Zauberberg der Armen“ dahin, bis er am 4. Mai 1938 seine Augen für immer schloß. Ein Kämpfer, ein Mensch allein war dahingegangen.

Als mich die Nachricht in Prag erreichte, saß ich sinnend an meinem Schreibtisch. Was konnte man in dieser Stunde sagen? Ossietzky hatte den Mut zur nationalen Selbstkritik, den nur wenige gleich ihm in Deutschland aufgebracht hatten. Im Deutschland Bismarcks, und auch im Weimarer Deutschland, waren Macht und Geist getrennt. Ossietzky wollte in Deutschland den Geist zur Macht werden lassen. Das war der tiefere Sinn seiner Sendung.

Prof. Dr. Ossip K. Flechtheim

Ursachen, Charakter und Wirkungen des Nationalsozialismus (II)*

So dürftig der theoretische Gehalt des Nationalsozialismus ist, so problematisch ist auch sein Rechtssystem. Es gehört zum Wesen jeder Diktatur, daß ihr die juristische Form nebensächlich ist. Ja, sehen wir im Recht nicht nur ein Aggregat von Zwangsbefehlen, sondern eine Ordnung von Normen, die ein Minimum an logischer Konsistenz, Allgemeinheit, Spezifikation, Konstanz und Publizität, d. h. kurz gesagt, an formaler Rationalität aufweist, so wird der Rechtscharakter typisch nationalsozialistischer Maßnahmen durchaus zweifelhaft — ohne daß wir sie an einem stets problematischen „Naturrecht“ zu messen brauchen. Als Beispiel diene dabei jener Terror gegen Juden oder Insassen der KZs, gegen Geiseln oder angeblich unheilbar Kranke, der nie publik gemacht worden ist und der zugleich auch gegen andere Normen des nationalsozialistischen Staates verstieß,

* Fortsetzung und Schluß aus Heft 4/63

die nach außen hin in Kraft geblieben waren. Die Grenze zwischen rechtlich normiertem Verhalten und politischen Willkürmaßnahmen verschwamm mehr und mehr. Ja, man kann schließlich sogar daran zweifeln, wie weit rechtstheoretisch gesehen das Dritte Reich überhaupt noch ein Staat im überlieferten Sinne war. Definieren wir den Staat als Institution, die den legitimen physischen Zwang für sich monopolisiert, so folgt hieraus, daß der Staat klar nach außen festlegt, welcher Zwang legitim ist und welcher illegitim. Im Dritten Reich gingen jedoch legitimer und illegitimer Zwang oft ununterscheidbar ineinander über. So wurde der Legitimitätsbegriff selbst problematisch und damit auch der an der Legitimität orientierte Staatsbegriff.

Das Staats-, Verwaltungs- und Verfassungsrecht eines politischen Gemeinwesens ist um so reichhaltiger, je weniger autoritär und diktatorisch dies Gemeinwesen ist. Im Rechts- und Verfassungsstaat bedarf es einer Vielfalt von juristischen Bestimmungen, um ein System von Verantwortlichkeiten und Kontrollen, von Gleichgewichten und Hemmungen, von „checks and balances“ zu garantieren. Als „Recht“ in diesem Sinne können natürlich nur Bestimmungen gelten, die nicht allein auf dem Papier stehen, sondern die die Wirklichkeit real erfassen und gestalten. Das Verfassungs- und Staatsrecht der Autokratie ist ausgesprochen arm an wirksamen und lebendigen Rechtsnormen dieser Art. Die Verfassungswirklichkeit einer Diktatur reduziert sich auf die wenigen Normen, die die Macht in den Händen des Diktators konzentrieren. Es war somit nicht nur ein grimmiger Scherz, wenn 1934 nach der Ermordung Röhm's gesagt wurde, die Verfassung des Dritten Reiches enthalte nur einen einzigen Artikel: „Der Führer ernannt und erschießt seine Minister höchstpersönlich!“ Ein ähnlicher Gedanke liegt der Formulierung zugrunde, nach der das Ermächtigungsgesetz vom 24. März 1933 die Magna Charta der Gestapo und der KZs gewesen ist.

Wenn sich auch die Diktatur verschiedener staatsrechtlicher Formen bedienen kann, so stellen sie alle nur leere Gehäuse dar. Das Dritte Reich war verfassungsrechtlich besonders anspruchslos und primitiv. Haben sich seine Machthaber doch nicht einmal bemüht gefühlt, eine papierne Scheinverfassung zu proklamieren oder auch nur die vielgeschmähte Weimarer Verfassung außer Kraft zu setzen. Hitler und die Seinen regierten einfach mit der Notverordnung vom 27. Februar 1933, der sogenannten „Brandverordnung“ (so nach dem Reichstagsbrand genannt), dem bereits erwähnten Ermächtigungsgesetz vom 24. März 1933, das mehrfach, zuletzt 1943, auf unbestimmte Zeit verlängert wurde, dem Gesetz über das Staatsoberhaupt des Deutschen Reiches vom 1. August 1934, dem Reichstagsbeschluß vom 26. April 1942 über die totale Kriegsdiktatur und anderen ähnlichen Verordnungen und Gesetzen. Ihre Wirkung läßt sich dahin zusammenfassen, daß alle Normen und Institutionen, die den Führer und die Spitzen der Partei, der Verwaltung, der Polizei hätten verantwortlich machen oder deren Macht einschränken können, abgeschafft wurden und blieben. Die gesamte vollziehende, gesetzgebende, verfassungsgebende, und damit natürlich auch letzten Endes richterliche, Gewalt wurde in der Hand der, wie es zunächst hieß, Reichsregierung, die aber bald mit dem Führer und Reichskanzler identisch war, konzentriert. Die Eliminierung des Reichstages, der nur noch als der bestbezahlte Männerchor der Welt fungierte, des Reichsrates, der Länderparlamente diente dem Ziel der Machtkonzentration, ebenso wie die Abschaffung wirklich unabhängiger Gerichte oder die Beseitigung der Grundrechte, der Parteien, der Gewerkschaften.

Ein solches System, in dem natürlich kein Platz für eine Pluralität der politischen Parteien oder gar für eine politische Opposition ist, wird in der Regel als Einparteistaat klassifiziert. In der Tat wurden schon 1933 alle Parteien mit Aus-

nahme der NSDAP verboten und verfolgt. Der nationalsozialistische Einpartei-staat war aber keineswegs ein Staat, in dem die gesamte NSDAP regierte. Der einfache Pg. hatte herzlich wenig zu sagen: Er war vor allem Befehlsempfänger. Selbst der typische Gauleiter war, so unbegrenzt seine Herrschaft über die unter ihm auch war, nach oben nur Satrap, der leicht vom Führer abgesetzt werden konnte. Es regierte also letztlich der charismatische Führer, der im Wechselspiel mit seinen verschiedenen Palladinen herrschte. Er bediente sich hierzu allerdings einer ganzen Anzahl hierarchischer, zum großen Teil stark durchbürokratisierter Institutionen und Organisationen, wie etwa der Partei, des staatlichen Verwaltungsapparates, der Geheimpolizei, der SS usw.

Bei aller Bedeutung dieser Apparate ist — keineswegs zufällig — ihre institutionelle Fixierung und Koordinierung an der Spitze nie erfolgt. Das Kabinett hörte schon früh auf, als kollegiales Organ zu fungieren. Da die Minister nicht mehr zu Kabinettsitzungen zusammentraten, wurden sie zu reinen Ressortchefs. Aber auch die Reichsleiter der Partei bildeten keinen kollegial beratenden und beschließenden Führerstab. Der 1939 bei Kriegsausbruch gegründete „Minister-rat für die Verteidigung“ stand nur auf dem Papier. Zur Bildung des Senats, von dem immer wieder die Rede war, ist es nie gekommen. Hitler wußte nur zu gut, daß jede Institutionalisierung Machtverlust für ihn bedeuten würde; er wollte nicht in der Furcht vor einem „Grand Consiglio del Fascimo“, einem Großen Rate des Faschismus, leben, der ihn wie Mussolini womöglich doch eines Tages absetzen würde. Unter diesen Umständen wuchs allerdings die Hausmacht seiner Vasallen, die er jedoch geschickt gegeneinander auszuspielen wußte: Einmal hatte ein Göring, dann ein Goebbels, dann wieder ein Himmler das Ohr des Führers.

Besonders einflußreich waren die Kanzleien, deren Chefs eine gewichtige Rolle bei den ständigen Intrigen spielten. Dieser Kanzleien gab es vier: die persönliche Kanzlei Hitlers, die Parteikanzlei des Führers, die Kanzlei des Reichskanzlers und die Kanzlei des Staatsoberhauptes unter dem ewigen Meißner. Von besonderer Bedeutung war die Reichskanzlei unter Lammers und die Parteikanzlei unter Bormann, deren Leiter die wichtigsten Beschlüsse des Führers vorbereiteten, weiterleiteten, ja oft allein darüber entschieden, wer überhaupt Zutritt zu Hitler hatte.

Regieren also im Dritten Reich, wie in jeder Diktatur, die nationalsozialistischen Machthaber autoritär mittels eines Befehlsapparates, der alle Gewalt in sich konzentriert und von der Spitze nach unten überträgt, so zeigt sich der totalitäre Charakter des Regimes darin, daß es weit über das in der alten Autokratie übliche Maß hinaus das Ganze des menschlichen Lebens — die Gesellschaft, die Kultur, die Wirtschaft — zu erfassen und gleichzuschalten, also im Sinne der Diktatur zu „politisieren“ sucht. Politik ist hier nichts als eine erzwungene Durchorganisierung der ganzen Gesellschaft von oben nach unten, Einordnung eines jeden in die eine große Armee des Führers, kurz, wie es so schön im Dritten Reich hieß, die Verwirklichung des Grundsatzes: „Ein Volk, ein Reich, ein Führer.“ In dem Maße, in dem alle unabhängigen Institutionen und Assoziationen, Gebilde und Gruppen zerschlagen und atomisiert werden, gehen die Menschen aller ihrer eigenständigen Organisationen verlustig. Ja, der Privatmensch selber steht auf dem Aussterbe-Etat. Anders als im altmodischen Absolutismus gönnte man ihm auch im Alltag keine Ruhe.

Der nationalsozialistische Staat ist also nicht nur Polizei- und Gefängnis-, Garnison- und Kasernenstaat nach dem Muster des alten Roms oder Spartas, der die Methoden der Polizei wie die Künste der Kriegführung in ungeahntem Maße vervollkommen hat. In einem in der modernen Geschichte ungeahnten Ausmaß ge-

lingt es ihm im Prinzip, alle „Volksgenossen“ in den zahllosen Gliederungen, angeschlossenen Verbänden, betreuten Organisationen, das heißt, in dem ganzen Geflecht nationalsozialistisch gleichgeschalteter Gruppen und Institutionen ad maiorem gloriam ducis zu organisieren. Innerhalb wie auch außerhalb dieser Organisationen ergießt sich zudem ein ununterbrochener Strom von Propaganda und Schulung über alle diese Menschen. Diese Beeinflussung ist umso erfolgreicher und wirksamer, je mehr sie mit der totalen Ausschaltung aller gegnerischen Beeinflussungsquellen zusammenfällt und, zumindest bis Stalingrad, auf äußeren „Erfolgen“ basiert. Wer dieser Propaganda und Schulung offen zu widerstehen wagt, wird zum Opfer einer aufs äußerste perfektionierten Gewaltapparat. Mögen die grauenhaften Einzelheiten des Terrors in den Gestapokellern, Konzentrationslagern und Vernichtungsstätten unbekannt bleiben — der Terror ist zumindest im Unbewußten jedem dunkel gegenwärtig. Gerade seine unfäßbare, unbestimmte Ungeheuerlichkeit schüchtert nicht nur die Gegner des Regimes oder bestimmte Gruppen, die wie die Juden bewußt als Objekte ausgesondert werden, ein, sondern auch den loyalen, guten Durchschnittsbürger.

Organisation, Propaganda und Terror reichen noch nicht aus, die aktive Verstrickung der großen Mehrheit der Bevölkerung zu erklären, die nicht nur als Objekte das Schicksal des Regimes teilt, sondern auch als Subjekte es mitträgt. Neben allen jenen, die mehr oder weniger freiwillig zu Mitschuldigen der Verbrechen und Terrorakte des Regimes werden, steht die viel größere Zahl derjenigen, die mehr oder weniger direkt von und an diesem Regime profitieren. Professor Franz L. Neumann hat mit Recht auf die sich aus dieser oft wirklich tragischen Verstrickung ergebende Angst der Beteiligten und die daraus wieder resultierende Identifizierung fast aller Schichten der Bevölkerung mit dem Regime hingewiesen. In dieser Sicht trifft Schuld nicht nur den Gestapomann, den Staatsanwalt oder den Richter, die einen Gegner oder ein Opfer für den Henker fertig machen, sondern auch den Arzt, der die Praxis eines jüdischen Kollegen übernimmt, den General, der für den Sieg eines Systems kämpft, ja, den Rüstungsarbeiter, der die Kanonen und Tanks für das Regime produziert. Dies ist der Preis, den nur allzu viele zu zahlen bereit sind, um sich Aufstieg und Ansehen oder doch ein Stückchen privater Sicherheit und Freiheit zu erkaufen und zu erhalten.

An der Identifizierung des normalen Bürgers mit dem Regime ändert nichts der Umstand, daß trotz aller Versuche totaler Gleichschaltung ein Restbestand privater Freiheit, ja ein Bruchstück „unpolitischer“ Gesellschaft und Kultur bis zum Schluß erhalten bleiben. So gelingt es den staatlich privilegierten Kirchen, trotz aller Schwierigkeiten, ein gewisses Maß an Eigenständigkeit zugesichert zu erhalten. Die Armee wird nur langsam aufgeweicht, zersetzt und gleichgeschaltet. Die aristokratischen Oberschichten werden erst nach dem 20. Juli dezimiert. Die Unternehmer behalten so viel Bewegungsfreiheit und Prestige bis zum bitteren Ende, daß sich trotz allem Gerede vom „deutschen Sozialismus“ die alte kapitalistische Wirtschaft nach 1945 erstaunlich rasch und gründlich wiederherstellen läßt. Vor allem aber zeigt die Familie ein beträchtliches Maß an Widerstandskraft, wobei sie allerdings auf die Befriedigung der unmittelbarsten und einfachsten Bedürfnisse beschränkt bleibt. In ihren vier Wänden bewahren selbst der einfache Mann und die einfache Frau ein Stückchen Spontaneität und Menschlichkeit. Trotz allem darf man hier noch privat sein Brot essen (wenn auch vielleicht ohne Butter), Briefmarken sammeln oder Kegel spielen, werben und freien. Im Kino (wo Filme gezeigt werden, in denen nicht mit dem Hitlergruß begrüßt wird) kann man oft die Realität des Dritten Reiches vergessen. Daher können wir nicht nur mit Ernst Fraenkel von einem „zweifachen Staat“ oder einer zweifachen

Rechtsordnung, sondern darüber hinaus auch von einer „zweifachen Kultur und Gesellschaft“ sprechen.

In der Tat ist es dem nationalsozialistischen Regime, anders als etwa dem „Ozeanien“ der Orwellschen Gegenutopie „1984“, nie gelungen, alle Lebensbereiche hundertprozentig zu durchdringen und umzuformen, worin möglicherweise sogar, so paradox es klingen mag, nicht die Schwäche, sondern die Stärke des Systems, das vielleicht nur so erträglich bleibt, liegen mag. Die private Sphäre wird allerdings immer mehr von dem durchorganisierten und durchpolitisierten Sektor des neuen „Tausendjährigen Reiches“ zurückgedrängt. Und ein Sieg dieses neuen Systems im Weltmaßstabe hätte wahrscheinlich diese „seligen Inseln“ noch mehr überspült, als das bereits der Fall war.

Zunächst sieht es allerdings so aus, als ob das neue System innerhalb seiner Machtsphäre ein neues sozio-kulturelles Gleichgewicht herzustellen und das fortgesetzte Funktionieren der institutionellen und technischen Kultursegmente zu gewährleisten vermöchte. Insoweit es dem Nationalsozialismus gelingt, mit Hilfe der neugeschaffenen, mit totaler Macht über alle Bereiche der Gesellschaft und Kultur ausgestatteten politischen Institutionen und Organisationen den zivilisatorisch-technischen Bereich seiner Kontrolle zu unterwerfen, scheint das System — isoliert betrachtet — das physische Überleben des Menschen sichern zu können. Die Institutionen stören nun nicht mehr als Engpässe, zu denen sie in der Krise unserer Zeit zum Teil geworden waren, den sozio-kulturellen Prozeß — dafür werden sie aber nunmehr zu Zwangsjacken für das Individuum. Die Menschen müssen sich, soweit sie zur Elite gehören, in Raubtiere, und, soweit sie Gefolgsleute sind, in Lasttiere verwandeln. Zudem wird bald offenkundig, daß dieses System unbedingt Sündenböcke braucht, die als „Volksschädlinge“ oder „Untermenschen“ erbarmungslos auszurotten sind.

Zugleich beginnt das siegreiche System, alle humanistischen, liberalen und rationalen Werte gleichzeitig mit deren Vertretern auszulöschen. Humanismus und Humanität werden als Erscheinungsformen krimineller Dekadenz verhöhnt. Es werden aber nicht nur alle humanistischen Werte ausgelöscht, sogar die alten, traditionellen Werte verlieren allmählich an Bedeutung. Gehorsam und Gewalt, Aggressivität und Ungleichheit, Kampf und Krieg werden nun zu den tragenden Werten der Bewegung und des Systems. Bei aller gebotenen Skepsis gegenüber der Postulierung subjektiver Wertmaßstäbe ist hier die Überlegung schwer von der Hand zu weisen, daß die typischen nationalsozialistischen „Werte“ wirklich nichts mehr mit echten Werten zu tun haben, daß wir hier in der Tat Pseudo- oder Unwerte vor uns haben. Hierfür spricht auch, daß sich das nationalsozialistische System selber nie offen und eindeutig zu seinen Maßstäben der Grausamkeit und Gewalttätigkeit, der Täuschung und des Terrors bekannt hat.

Der Verwirklichung seiner — mehr oder weniger getarnten — Zielsetzungen dienen die soeben angedeuteten Methoden der Atomisierung, der Gleichschaltung, der Propaganda und des Terrors, ebenso wie die Politik der Aufrüstung und der Aggression. Die gesteigerte Militärmacht des eigenen Landes wird dazu benutzt, die anderen Nationen durch Drohungen und Versprechungen oder, falls diese nicht fruchten, durch Angriffskriege gefügig zu machen. Der nationalsozialistische Machtstaat strebt nach der totalen Weltherrschaft, wobei er bestenfalls den anderen Völkern als Belohnung für ihre Unterwerfung unter die „Herrenrasse“ ein recht bescheidenes Maß an Frieden und Sicherheit in Aussicht stellen kann. Der permanente Krieg gegen den inneren wie gegen den äußeren Feind bestimmt die Strategie und Taktik des Regimes. So gelingt es den Nationalsozialisten, nachdem sie einmal an die Macht gelangt sind, die Arbeitslosigkeit

unter Beibehaltung der Kerninstitution eines Monopolkapitalismus, der höchstens erst während des Krieges zum Staatskapitalismus tendiert, abzuschaffen. Aber auch die Arbeitsbeschaffung steht im Zeichen der Aufrüstung und der allgemeinen Kriegsvorbereitung. Im Dienste des Krieges wird die Wirtschaft schon im „Frieden“ zur Kriegswirtschaft umgestaltet, ebenso wie die Kultur militarisiert und die Gesellschaft mobilisiert wird. Im totalen Krieg, in dem das System nicht zufällig seine höchste Erfüllung sieht, werden bald auch die wissenschaftlichen, technischen und industriellen Potenzen immer stärker in die Kanäle der Vernichtung und Zerstörung geleitet. Auch der Pessimist, der dem Menschen manches zutraut, darf da die Frage stellen, ob die menschliche Natur auf die Dauer eine Gesellschaft und Kultur zu ertragen vermag, die Frieden, Gerechtigkeit und Wahrheit derart negiert und dafür die Lüge, die Gewalt und den Krieg so hypostasiert.

All das würde an sich nicht ausschließen, daß ein solches System zumindest als Übergangslösung Jahrzehnte währen könnte. Selbst das erscheint jedoch fraglich. Da der Faschismus nur dort triumphiert, wo die Krise besonders tief ist und alle anderen Bewegungen versagt haben, ist es unwahrscheinlich, daß er in der ganzen Welt gleichzeitig siegt. Der Faschismus eines bestimmten Landes ist aber seinem Wesen nach supernationalistisch und imperialistisch. Zu echter Zusammenarbeit mit anderen nationalen Faschismen ist er daher kaum fähig; vielmehr wird er eher andere Nationen und Rassen abstoßen, insbesondere, wenn kein gemeinsamer Feind vorhanden ist. Die Reibungen des Dritten Reiches mit Italien und Japan verdeutlichen die Schwierigkeit einer übernationalen faschistischen Strategie. Ein geschlossenes faschistisches Weltsystem ist daher nur als Ergebnis der Eroberung der Welt durch eine einzige faschistische Übermacht denkbar. Selbst wenn diese aber — etwa zusammen mit ihren faschistischen Satelliten — wider alles Erwarten schließlich den militärischen Sieg erringen sollte, würde sie immer noch vor der selbst heute kaum lösbaren Aufgabe stehen, nach der gewaltsamen Unterwerfung von fünf Kontinenten und sieben Meeren diese ständig zu regieren. Es bleibt daher wohl nur die Orwellsche Alternative eines Nebeneinander mehrerer faschistischer Mächte, die sich in einem permanenten Kriegszustand befinden würden — ein infernalischer Zustand, der aber nicht allzu wahrscheinlich sein dürfte. Wie groß der Preis wäre, den die Menschheit sogar für eine faschistische Integration der Welt — vorausgesetzt, daß diese überhaupt möglich wäre — zu zahlen hätte, haben wir bereits angedeutet. Es ist kaum übertrieben, wenn man schließlich mit Arthur Koestler die faschistische „Lösung“ als „organisierte Zerstörung“ diagnostiziert.

III

Zum Schluß bleiben noch die Auswirkungen des Dritten Reiches zu bedenken. Wir können uns hier kurz fassen, da die Wirkungen der nationalsozialistischen Herrschaft eindeutig negativ sind: Von den besonderen Schöpfungen und „Er rungenschaften“ des Dritten Reiches hat so gut wie keine den Zusammenbruch überdauert. Man muß schon lange suchen, bevor man überhaupt irgend etwas Positives findet, das geblieben ist. Nur ganz naive Gemüter können glauben, Hitler sei die Rettung Europas vor dem Bolschewismus, die Befreiung Deutschlands von den Ketten von Versailles, die Überwindung des Föderalismus oder der Bau der Autobahnen zu verdanken. Um bei diesen anzufangen: Sie sind nicht wegen des Nationalsozialismus, sondern trotz seiner oder doch zumindest außerhalb des Systems als rein technische Leistung, wie sie jedes moderne Land bald aufzuweisen haben wird, entstanden. Sonst ist nicht einmal dort, wo wirklich der Nationalsozialismus so etwas wie eine positive Leistung aufzuweisen hatte —

etwa die Überwindung des Klerikalismus oder des Föderalismus — etwas übrig geblieben. Als Reaktion gegen das Dritte Reich haben selbst die föderalen und klerikalen Elemente der deutschen Tradition schon bald fröhliche Urständ feiern können. Über Versailles und den Bolschewismus ist kein Wort zu verlieren. Diesem hat Hitler Tür und Tor geöffnet. Hätte er sich nicht vermessen, 1942 das Hakenkreuzbanner über Stalingrad aufzupflanzen — die Fahne mit Hammer und Sichel wehte heute wohl kaum auf dem Brandenburger Tor. In der Tat, wie der Nationalsozialismus in manchem eine Reaktion auf den Kommunismus war, so hat dieser gerade unter Stalin die negativsten Züge des Nationalsozialismus kopiert bzw. im Wetteifer mit diesem seine pathologisch-terroristischen Seiten entwickelt, und erst das Verschwinden des Nationalsozialismus eröffnet heute die Chance einer Humanisierung des Kommunismus.

Und Versailles? Es gehört zur Ironie der Weltgeschichte, daß man sich heute in Deutschland nach den Grenzen von 1937, d. h. aber doch nach denen von Versailles, zurücksehnt! Ob das mehr als ein Atavismus ist, soll hier nicht erörtert werden. Es zeigt jedenfalls, wie weit Deutschland durch Hitler h i n t e r Versailles zurückgeworfen worden ist — bis zum Verlust jener nationalen Einheit, die im 19. Jahrhundert so teuer erkaufte worden ist, ja zum Teil um den Preis jener Freiheiten, die anderen Völkern unabdingbar waren. Für die Vernichtung der nationalen Einheit trägt der Nationalsozialismus die Hauptverantwortung, ebenso wie für jene Destruktion Deutschlands und Europas, die die 30er und 40er Jahre zur dunkelsten Epoche moderner Geschichte gestempelt hat. Wir denken dabei nicht nur an die Zerstörung der Städte und die Dezimierung der Völker — nicht nur der Juden und Zigeuner, der Polen und Russen, der Norweger und Griechen, sondern auch der Deutschen selber. Auschwitz, Lidice und Oradour sind Begriffe, die dem Durchschnittsdeutschen vielleicht nicht allzu viel bedeuten, die aber außerhalb Deutschlands nicht so bald vergessen sein werden. Die physischen Schäden können z. T. wieder behoben werden — die moralische Barbarisierung und Brutalisierung der Menschen wirkt noch für Generationen nach. Verluste an moralischer Substanz und geistiger Potenz kann kein Statistiker berechnen. Wir können sie nur schauernd ahnen. Diese Hypotheken werden noch lange auf der Bundesrepublik, auf Deutschland, auf Europa, ja, auf der ganzen Welt lasten, und zwar um so schwerer, als sich die Erwartung, die Erfahrung des Dritten Reiches werde im dialektischen Umschlag zu einem radikalen Bruch mit der Tradition des Polizeistaates, der Obrigkeitsgesellschaft und der Untertanenmentalität führen, als ganz illusionär erwiesen hat.

Last, but not least — es waren Hitler und der Nationalsozialismus, die den Zweiten Weltkrieg entfesselt haben. Nur ganz selten in der Weltgeschichte liegt die Verantwortung für den Ausbruch eines großen Krieges so einseitig und so eindeutig fest wie 1939. Dieser Zweite Weltkrieg, der die Probleme, die der Erste Weltkrieg hinterlassen hatte, lösen sollte, hat nur neue, größere Probleme geschaffen: die Polarisierung der Welt, das Wettrüsten, die Gefahr eines dritten Weltkrieges. Ohne das Dritte Reich wären wir vielleicht bis auf den heutigen Tag von den „Segnungen“ der A- und H-Waffen verschont geblieben.

Die Bilanz ergibt also ein in der — an Zerstörung und Unmenschlichkeit wahrlich überreichen — Geschichte beispielloser nihilistisch-destruktives System. Welche Lehren wir auch immer im einzelnen aus dem fatalen Experiment des Nationalsozialismus ziehen wollen — eins sollte nun ein für allemal klar werden: die Antiquiertheit der Gewalt in den Auseinandersetzungen sowohl innerhalb der Staaten und Völker wie vor allem aber auch zwischen den Nationen, Mächten und Ideologien. Der Nationalsozialismus hat die uralte Tradition der reinen Machtpolitik

weitergeführt, zur Vollendung gebracht, damit schließlich aber auch ad absurdum geführt. Ein System, das alle Werte dem der Gewaltsamkeit unterordnet, demonstriert die Sterilität, ja Tödlichkeit der Gewalt im technischen Zeitalter. Damit ist aber auch über die Innenpolitik wie über die Weltpolitik des Dritten Reiches ein Urteil gesprochen, das die Geschichte nie wieder aufheben wird.

Günter W. Smirr

Aspekte einer geistigen Machtergreifung

„Nicht zuviel und schon gar nicht sturen Antikommunismus kann man dem Nationalsozialismus vorwerfen, sondern ganz im Gegenteil das Fehlen eines solchen.“ — Eine bemerkenswerte Feststellung, getroffen von Nikolas Benckiser, dem politischen Redakteur der Frankfurter Allgemeinen Zeitung in einem am 19. April 1961 veröffentlichten Leitartikel. Wenn man so will, auch ein bemerkenswerter Beitrag einer führenden und dem Kabinett Adenauer damals sehr nahe stehenden deutschen Tageszeitung zum Thema „Bewältigung der Vergangenheit“. Fast auf den Tag genau 16 Jahre nach dem Zusammenbruch des Hitlerreiches niedergeschrieben, umreißt dieses Teil-Resumé Hitlerscher Politik aus der Sicht der FAZ die geistige Situation der Bundesrepublik Deutschland in ihrer ganzen verhängnisvollen Konzeption und Tragweite.

Nur knappe fünf Monate zuvor — Ende November 1960 — war in Hannover der Parteitag der Sozialdemokratischen Partei zu Ende gegangen, der einen neuen folgenschweren politischen Abschnitt für die westliche Hälfte der durch Hitlers Wahnsinnspolitik zerrissenen deutschen Nation einleitete. Man wird sich dieses Datum aufmerksam merken müssen, weil auf diesem Hannoverschen Parteitag nicht um die Konzentration oder die Konsolidierung einer sozialistischen Partei gerungen wurde, auch nicht um neue Wege und Methoden zur Durchsetzung einer verpflichtenden Tradition, sondern weil sich hier unter der Firmierung „Volkspartei neuen Stils“ das Schauspiel eines politischen Hemdwechsels vollzog, an dessen Auswirkungen wir gerade in diesen Tagen bitter zu tragen haben.

Die neue Führungsspitze der SPD brachte es mit Hannover fertig, unserem politischen Leben eine neue Färbung zu geben, und die auf Treu und Glauben verschworene Anhänger- und Wählerschaft der SPD nahm diese Färbung willig an. Herrn Benckisers Resumé über Hitlers Versagen wurde plötzlich zum Bannerspruch einer um 180 Grad geschwenkten Partei, — Männer wie Wehner und Erler (letzterer im Mai 1952 noch ein blendender und überzeugender SPD-Anwalt gegen das für unsere gesamtdeutschen Belange verhängnisvolle Vertragswerk der Westintegration) wurden über Nacht hoffähig für die Spalten von „Christ und Welt“ und „Rheinischer Merkur“, — die „Bildzeitung“ (welch eine Protektion) umjubelte Willi Brandt für sein Ja zur atomaren Aufrüstung und honorierte die „neue Linie“ der SPD mit dem Angebot der „Bild-Traumregierung“, mit einem Vizekanzlerposten für Willy Brandt und mit Carlo Schmid („Pazifismus in allen Ehren, aber wenn die Freiheit bedroht ist, muß man kämpfen — auch mit Atombomben.“), Fritz Erler, Herbert Wehner, Waldemar von Knöringen und Georg